

Streikalarm in Lübeck: Kitas und Kliniken stehen still!

Warnstreik am 13. Februar 2025 im Herzogtum Lauenburg: ver.di fordert bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst.



Lübeck, Deutschland - Die Vereinte

Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat für Donnerstag, den 13. Februar 2025, einen ganztägigen Warnstreik im Großraum Lübeck sowie in umliegenden Kreisen und Gemeinden ausgerufen. Grund für die Maßnahmen sind stockende Tarifverhandlungen, bei denen die Arbeitgeber bisher kein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt haben.

Die Forderungen der Gewerkschaft umfassen eine Gehaltserhöhung von 8 % oder mindestens 350 Euro mehr pro Monat, die Erhöhung der Zulagen für besonders belastende Tätigkeiten und eine Anhebung der Ausbildungsvergütungen um 200 Euro. Zudem sollen drei zusätzliche freie Tage zur

Entlastung der Beschäftigten eingeführt werden, sowie ein weiterer freier Tag exklusiv für Gewerkschaftsmitglieder und ein spezielles Arbeitszeitkonto zur Erhöhung der Flexibilität.

Protestaktionen und betroffene Einrichtungen

Die Gewerkschaft ver.di zeigt sich enttäuscht über die Haltung der Arbeitgeber, die einen generellen Personalmangel im öffentlichen Dienst verneinen. Laut ver.di ist dies jedoch unzutreffend. Vorschläge der Arbeitgeber würden die Arbeitsbelastung erhöhen, anstatt Entlastungsmaßnahmen zu erarbeiten. Der Streik wird von einer Versammlung der Streikenden ab 08:30 Uhr am Gewerkschaftshaus in Lübeck sowie einem Demonstrationzug durch die Innenstadt ab 10:30 Uhr begleitet.

Von den Warnstreiks betroffen sind kommunale Kitas, Senioreneinrichtungen, Entsorgungsbetriebe, die Stadtreinigung, Stadtwerke (außer Nahverkehr), das Theater Lübeck, Sana-Kliniken, Kreisverwaltungen und Rettungsdienste in Ostholstein, Stormarn und Herzogtum Lauenburg. Auch die Beschäftigten der Wasserstraßen- und Schifffahrtsämter Elbe und Ostsee werden am Streik teilnehmen.

Zusätzlich wird darauf hingewiesen, dass weitere Streiks nicht ausgeschlossen sind, sollte es in der nächsten Verhandlungsrunde am 17. und 18. Februar 2025 zu keiner Annäherung kommen. Die Gewerkschaft fordert faire Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen, um die Abwanderung von Fachkräften in die Privatwirtschaft zu verhindern. Arbeitnehmer und Bürger müssen mit Einschränkungen in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens rechnen, da ver.di mit erheblichen Beeinträchtigungen in den betroffenen Einrichtungen rechnet.

Weitere Details zu den bevorstehenden Tarifverhandlungen werden auch von **tagesschau.de** berichtet, wo der

Personalnotstand im öffentlichen Dienst hervorgehoben wird. Aktuell fehlen rund 500.000 Mitarbeiter in diesem Sektor, und in den nächsten zehn Jahren werden 1,4 Millionen Beschäftigte in den Ruhestand gehen. Die Arbeitgeberseite äußert Bedenken wegen der hohen Kosten der Forderungen, die auf 14,88 Milliarden Euro geschätzt werden.

Die nächste Verhandlungsrunde findet ebenfalls am 17. und 18. Februar statt, gefolgt von einer finalen Runde vom 14. bis 16. März. In Anbetracht der angespannten Haushaltslage und der knappen Ressourcen sind auch Warnstreiks möglich. Die Gewerkschaften bleiben motiviert, ihre Anliegen durchzusetzen.

Details	
Vorfall	Warnstreik
Ursache	stockende Tarifverhandlungen
Ort	Lübeck, Deutschland
Quellen	• travemuende-aktuell.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de